



Klimagipfel in New York

Warum die Einladung von Ban Ki-moon am 23. September 2014 wichtig ist

Ende 2015 soll bei der Weltklimakonferenz in Paris ein neues Abkommen mit Verpflichtungen für alle Staaten verabschiedet werden. Eine Transformation zu einem klimafreundlichen und -resilienten Wirtschaftssystem auf globaler Ebene kann nicht von Umweltministern und technischen Verhandlern allein entwickelt werden. Für ein erfolgreiches Abkommen in Paris braucht es ein politisches Bekenntnis zum Klimaschutz durch die Staats- und Regierungschefs. Deswegen hat UN-Generalsekretär Ban Ki-moon zu einem Klimagipfel am 23. September nach New York eingeladen. Es wird das erste Mal seit der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 sein, dass Staats- und Regierungschefs aus der ganzen Welt sich wieder der internationalen Klimapolitik zuwenden. Auf dem Klimagipfel in Qatar im Jahr 2012 haben alle Staaten die Idee ausdrücklich begrüßt.

Der Klimagipfel in New York ist keine klimapolitische Verhandlungsrunde, dafür sind die UN-Klimaverhandlungen der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) zuständig. Aber das Verhandeln eines internationalen Abkommens ist ein Prozess, der Zeit und politische Unterstützung braucht. Das Ergebnis bildet ab, was national in Schlüsseländern im Klimaschutz passiert. Der New Yorker Gipfel kann daher wichtige Impulse senden, die die internationalen Klimaverhandlungen und klimafreundliche Poli-

itik- und Investitionsentscheidungen beeinflussen. Die zeitliche Nähe zur UN-Generalversammlung und den Verhandlungen über „nachhaltige Entwicklungsziele“ (Sustainable Development Goals - SDGs) für die Zeit nach 2015 soll zudem unterstreichen, dass Klimapolitik eine Priorität der Vereinten Nationen ist, die weit über das Umweltthema hinausgeht und eng mit der Entwicklungsagenda verflochten ist.

Wichtige Signale aus New York

Brot für die Welt und Germanwatch erwarten vom Klimagipfel bedeutende Signale für den Klimaschutz besonders in fünf Bereichen:

1. Die Einschränkung der Kohlenutzung in entscheidenden Ländern (China und USA haben bereits entsprechende Regulierungen angekündigt) und ein Ende der Kohlefinanzierung durch Entwicklungsbanken
2. Finanzielle Zusagen für das Auffüllen des Grünen Klimafonds, der Klimaschutz und Anpassung in Entwicklungsländern unterstützen soll, sowie zum weiteren Anwachsen der Klimafinanzierung
3. Ankündigungen zum Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz, die mit konkreten Initiativen unterlegt sind

4. Unterstützung für das langfristige Ziel, bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts vollständig aus fossilen Brennstoffen auszusteigen und zu 100 Prozent eine Versorgung durch Erneuerbare Energien zu erreichen
5. Eine Bekräftigung von den Staats- und Regierungschefs, für Paris 2015 ein ambitioniertes Abkommen anzustreben und dazu spätestens Anfang des Jahres ihren Vorschlag für die nationalen Klimamaßnahmen einzureichen.

Klimapolitik gehört oft nicht zum Tagesgeschäft für Regierungschefs. Nationale Prozesse bilden jedoch die Grundlage für internationale Klimaverhandlungen. Als Reaktion auf die enttäuschenden Ergebnisse des Klimagipfels in Kopenhagen 2009 möchte man anders vorbereitet sein. Die Staaten sollten diesmal schon Anfang 2015 ihre nationalen Klimaschutzbeiträge vorstellen und die Regierungschefs ihr gesamtes politisches Gewicht und Kapital in die Waagschale werfen, um möglichst weitreichende nationale Klimaschutzmaßnahmen vorzubereiten. Diese Klimaschutzbeiträge werden entscheidend für das Ambitionsniveau der Weltklimakonferenz in Paris sein.

Nachricht an Regierungschefs: Klimaschutz lohnt

Die Einladung von Ban Ki-moon ist auch ein Versuch, Regierungschefs mit Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Städten und Regionalregierungen, Gewerkschaften, Kirchen sowie mit Betroffenen des Klimawandels und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenzubringen, um gemeinsam ein starkes Signal zum Klimaschutz zu senden. Der UN-Generalsekretär erwartet von den Staaten, dass diese „kühne“ Aktivitäten und Initiativen in den Bereichen Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Waldschutz, Verkehr und Transport, Klimafinanzierung, Landwirtschaft, Anpassung, Katastrophenvorsorge und -resilienz sowie hinsichtlich kurzlebiger Klimaschadstoffe und Klimamaßnahmen in Städten ankündigen.

Der New Yorker Gipfel ist deswegen ein guter Anlass für zivilgesellschaftliche Organisationen, eine Zukunft mit risikoarmer Energieversorgung und gerechtem Klimaschutz zu fordern. Diese Forderung reicht über den Gipfel hinaus. In New York wird eine „Klimawoche“ vom 22. bis 28. September mit etwa 80 Veranstaltungen den UN-Klimagipfel unterstützen. Bereits am 21. September findet der „People’s Climate March“ in Manhattan statt. Die wohl größte Klimademonstration der Geschichte wird von einer breiten Koalition von Organisationen – Umwelt- und Entwicklungs-NGOs, Kirchen, Gewerkschaften und der Occupy-Bewegung – organisiert. Mehrere hunderttausend Teilnehmende werden erwartet.

Auch Religionsgemeinschaften und Kirchen werden sich auf dem Klimagipfel in NY hochrangig einbringen, um besonders die Gerechtigkeitsproblematik im Klimawandel zu verdeutlichen. Das internationale kirchliche Netzwerk ACT Alliance (Action by Churches Together), weltweit eines der größten Bündnisse für humanitäre Arbeit und Entwicklungshilfe, wird Veranstaltungen zum Thema Klimagerechtigkeit durchführen.

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) lädt vom 21. bis 22. September in New York mit Gruppen aus anderen Religionen zu einem Klimagipfel der Religionsführer ein. Eine ebenso besorgte wie kraftvolle Botschaft soll von dem Gipfel mit 30 Religionsführern aus der ganzen Welt an die Verantwortlichen in der Klimapolitik ausgehen, sich für mehr Klimagerechtigkeit einzusetzen.

Angela Merkel: Führungsrolle trotz unglücklicher Absage nutzen

Die Entscheidung der Bundeskanzlerin, nicht zum Klimagipfel zu reisen – sie zieht es vor, beim vom BDI organisierten Tag der Deutschen Industrie eine Rede zu halten – ist international ein schlechtes Signal. Dafür ist die Bundeskanzlerin vielfach kritisiert worden. Während Länder wie USA und Frankreich auf höchster Ebene ihre Vorstellungen vom internationalen Klimaschutz präsentieren werden, muss Deutschland in der Runde der Regierungschefs stumm bleiben. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und Bundesentwicklungsminister Gerd Müller könnten nur am Nachmittag – in der zweiten Reihe – das Wort ergreifen. Der Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier wird am Abend zu einem Empfang laden.

Noch kann die Bundeskanzlerin trotz ihres Fehlens in New York in den nächsten Monaten die Ernsthaftigkeit ihres Engagements für den Klimaschutz zeigen. Zum Ausstieg aus der Kohlefinanzierung, Aufwuchs der Klimafinanzierung, Initiativen zum weiteren Ausbau von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz kann Deutschland deutliche Beiträge liefern. Dazu muss Angela Merkel ihre Entschlossenheit zum Klimaschutz durch entsprechende Beschlüsse in der EU und Deutschland demonstrieren. Ein wirkungsvolles Signal wäre auch, wenn sie Klimaschutz zu einem Schwerpunktthema des G7-Gipfels im kommenden Jahr macht.

Auf europäischer Ebene entscheiden die Regierungschefs Ende Oktober über die Klimaschutzziele der EU von 2020-2030, die dann im März 2015 in die Weltklimaverhandlungen (UNFCCC) eingebracht



Der Landwirtschaftssektor ist nicht nur vom Klimawandel betroffen – er ist zugleich einer der Hauptverursacher.

werden. Auch hier wird entscheidend sein, ob die Bundeskanzlerin bereit ist, ihr politisches Gewicht für ambitionierte und verbindliche Ziele für Klimaschutz, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz einzubringen – und innerhalb der EU gerade Polen eine Perspektive aufzuzeichnen, um sich aus der Kohleabhängigkeit zu befreien. Gleichzeitig kommt es auch zu einer Entscheidung zur Strukturreform des Emissionshandels. Eine Schwemme an Zertifikaten hat zu einem massiven CO₂-Preisrutsch geführt und verhindert nun schon seit mehreren Jahren jegliche ernsthafte klimapolitische Wirksamkeit des Emissionshandels. Zu einer kostengünstigen langfristigen Dekarbonisierung der Volkswirtschaft trägt er so nicht bei, er sendet die falschen Investitionsanreize.

National wird eine Messlatte für die Glaubwürdigkeit Deutschlands im Klimaschutz das Klimaaktionsprogramm sein. So wären politische Sofortmaßnahmen notwendig, um das im Koalitionsvertrag bestätigte Klimaziel einer 40-prozentigen Minderung von CO₂ bis 2020 noch erfüllen zu können. Das soll im November entschieden werden. Erfolgreich kann die bisherige Lücke im Klimaschutz nur geschlossen werden, wenn wirkungsvoll die Bereiche Gebäudesanierung und Kohleverstromung angegangen werden. Die Bundesregierung muss dringend den Skandal beenden, dass viele neue Gaskraftwerke stillstehen und stattdessen alte (Braun-)Kohlekraftwerke laufen. Deutschland braucht bei der Kohle eine über 2020 hinaus weisende Strategie. Der Kohlekonkurs in dieser Legislaturperiode mit klaren Etappenzielen für den Ausstieg aus klimaschädlicher Energieerzeugung wäre die notwendige Grundlage. Generell muss der Grundsatz umgesetzt werden: keine öffentlichen Gelder für Kohleinvestitionen. Gerade aus entwicklungspolitischer Sicht sehen Brot für die Welt und Germanwatch in der Kohlefinanzierung im globalen Süden kein Mittel zur Überwindung der Armut.

Marginalisierte Bevölkerungsgruppen sind in aller Regel nicht ans Stromnetz angeschlossen, dezentrale Lösungen auf der Basis von Erneuerbaren Energien sind hier das Mittel der Wahl. Deshalb drängen viele Organisationen auf den sofortigen Ausstieg der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) aus der Entwicklungsfinanzierung von Kohleprojekten (vgl. Brot für die Welt/Misereor (2014): Energiearmut nachhaltig überwinden-Keine Entwicklungsfinanzierung für Kohlekraft). Dies gilt auch für entsprechende Regeln bei den Hermes-Exportkrediten und dem weiteren Kreditportfolio der KfW.

Starke internationale Akzente für die Klimapolitik kann die Bundesregierung mit der Ausrichtung ihrer G7-Präsidentschaft in 2015 setzen. So kann Bundeskanzlerin Merkel an einem speziellen Tag im Programm G7-Staaten und weiteren Industrie- und Schwellenländern zur politischen Unterstützung für ein erfolgreiches Klimaabkommen in Paris zusammenbringen. Gleichzeitig kann die Bundesregierung klimapolitische Aktionen international forcieren, zum Beispiel eine neue Finanzierungsinitiative für Erneuerbare Energien in Entwicklungsländern und das Konzept für eine internationale Klimaversicherung voranbringen.

Klima und Landwirtschaft: Neue Allianz als Scheinlösung

Um landwirtschaftliche Emissionen zu reduzieren und gleichzeitig zur weltweiten Ernährungssicherheit beizutragen, soll auf dem Klimagipfel eine Allianz für klima-intelligente Landwirtschaft (Alliance for Climate-Smart Agriculture) aus der Taufe gehoben werden. Allzu viel Mut bei der Bekämpfung der Ursachen der weltweiten Klima- und Ernährungskrise darf man von dieser Allianz unter Beteiligung großer Agrarkonzerne und Nahrungsmittelmultis

wie Yara, Syngenta, Kelloggs und McDonalds allerdings nicht erwarten. Hunger, Mangelernährung und stetig anwachsende Treibhausemissionen sind vor allem Folgen einer Politik, die in den letzten Jahrzehnten systematisch auf die Bedürfnisse des globalen Agrobusiness und eines verschwenderischen Konsumverhaltens hin ausgerichtet war. So wurde ein globales Ernährungssystem geschaffen, das zwar hochproduktiv ist, in dem aber zwei Milliarden Menschen nicht ausreichend ernährt werden können. Die landwirtschaftliche Biodiversität blieb dabei auf der Strecke. Und die Kleinbauern- und Kleinfischerfamilien, die mehr als 80 Prozent der Nahrungsmittel in Entwicklungsländern produzieren, wurden weiter an den Rand gedrängt.

Es muss bezweifelt werden, dass die neue Allianz den benötigten Kurswechsel weg von industriell geprägten Landwirtschaftsmodellen anschieben wird. Zwar finden sich in ihrem Gründungsdokument vielversprechende Formulierungen. Dahinter verbirgt sich aber unter Umständen nichts anderes als business as usual. Statt klar zu definieren, welche landwirtschaftlichen Praktiken sich aus ökologischer und sozialer Sicht als „klima-intelligent“ qualifizieren und welche nicht, setzt die Allianz auf das schwammige Konzept „nachhaltiger Intensivierung“, welches potentiell auch agroindustrielle Praktiken bis hin zur Gentechnik einschließt. Lösungsansätze, die jedoch vorrangig und einseitig auf der Verbreitung teurer Betriebsmittel basieren (mineralische Dünger, Pflanzenschutzmittel und Hybridsaatgut), schaden Kleinbauernfamilien in Nord und Süd, die dabei in existenzgefährdende finanzielle Abhängigkeiten geraten. Statt gezielt Ursachen des Hungers und der Anfälligkeit gegenüber dem Klimawandel in den Blick zu nehmen, folgt die Allianz vor allem der Logik weiterer Produktions- und Produktivitätssteigerungen.

Der wachsende Einfluss der Agrarindustrie

Es besteht die Gefahr, dass die Allianz zu einem weiteren Deckmantel für die Wirtschaftsinteressen der großen Agrar- und Ernährungskonzerne missbraucht werden könnte, die seit einigen Jahren ins Rampenlicht der Gestaltung internationaler Agrarpolitik treten. So gibt es bereits eine ganze Reihe von Initiativen, die mithilfe von privatwirtschaftlichem Engagement Armut und Hunger in Entwicklungsländern bekämpfen wollen. Unter den einflussreichsten sind die New Alliance for Food Security and Nutrition der ehemaligen G8-Staaten oder die Alliance for a Green Revolution in Africa der Bill und Melinda Gates/Rockefeller Stiftung. Entwicklungsorganisa-

tionen beobachten mit Sorge, dass sich die zugrunde liegenden Agrar- und Entwicklungsmodelle dieser Initiativen vorrangig an den Interessen der internationalen Agrarindustrie und nicht etwa an den Bedürfnissen kleinbäuerlicher Strukturen und somit an der Stärkung der Armen und Hungernden orientieren.

Internationale Verträge und Leitlinien endlich umsetzen

Anders als uns diese neuen „Allianzen“ glauben machen wollen, müssen Lösungen oft gar nicht neu entwickelt werden. Viele Kleinbauernfamilien weltweit praktizieren sie bereits. Das macht der 2008 vorgestellte Weltagrarbericht deutlich. Über 400 Expertinnen aller Kontinente und Fachrichtungen beschäftigten sich über vier Jahre mit der Frage, wie Landwirtschaft und Ernährungssysteme beschaffen sein müssen, um Hunger und Armut zu verringern und eine ökologische, klimaangepasste und sozial nachhaltige Entwicklung zu fördern. Der Bericht kommt zu dem Fazit: „Weiter wie bisher ist keine Alternative“. Dem Mantra des industriellen Produktivismus mit seinen chemie- und energieintensiven Monokulturen wird eine klare Absage erteilt. Stattdessen fordern die Autoren einen Paradigmenwechsel hin zu kleinteiligen und auf biologische Vielfalt ausgerichteten landwirtschaftlichen Strukturen, die auf agrarökologischen Prinzipien basieren. Außerdem gehe es darum, die Rechte von Kleinbauern- und Kleinfischerfamilien zu stärken und landwirtschaftliche Investitionen in nachhaltige Bahnen zu lenken. Viele zielführende Konzepte sind dafür längst in internationalen Verträgen und Leitlinien verankert – allein es fehlt am politischen Willen, sie umzusetzen.

Trotz dieser Erkenntnisse hat sich bisher wenig geändert. Zudem sorgen Biosprit, Agrarspekulation und neokoloniale Landnahme (land-grabbing) für eine weitere Expansion industrieller Landwirtschaftsmodelle. Die Alliance for Climate-Smart Agriculture nimmt keinen Bezug zu diesen problematischen Entwicklungen und auch nicht zum Weltagrarbericht. Die beteiligten Agrarkonzerne wissen nur zu gut, dass die darin geforderten agrarökologischen Bewirtschaftungsformen keine Kundschaft für Pestizide, synthetische Düngemittel und Großmaschinen bringen. Aber auch für Politiker ist Agrarökologie ein sperriges und weithin unbekanntes Konzept. Auf kurzfristige Ergebnisse fixiert, erscheinen ihnen aufwändige Entwicklungskonzepte wenig attraktiv. Dabei verspricht die Agrarökologie langfristig bessere Erfolge. Sie ist nicht nur an die jeweils örtlichen, ökologischen,

sozialen und kulturellen Bedingungen angepasst, sondern stellt auch am ehesten sicher, dass zusätzlich produzierte Lebensmittel dort zur Verfügung stehen, wo sie am meisten gebraucht werden.

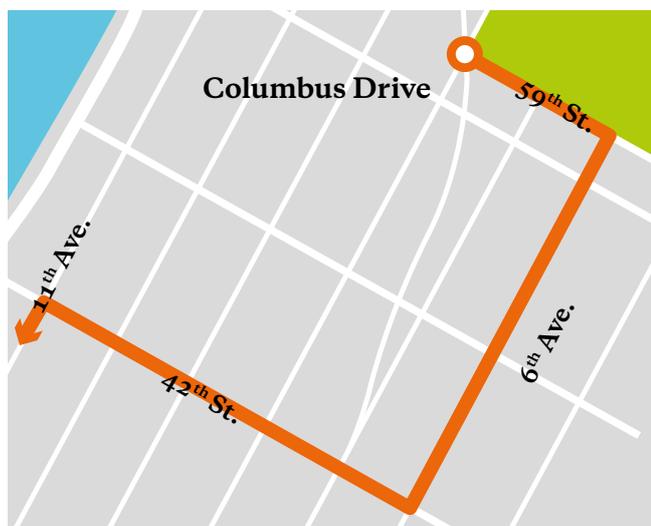
Ein Kurswechsel ist möglich

Landwirtschaft ist zweifellos eines der Top-Themen im Kampf gegen die Erderwärmung und ihrer bereits spürbaren Konsequenzen. Eine globale Allianz kann tatsächlich helfen, der klimabedingten Verschärfung von Hunger und Mangelernährung entgegen zu wirken. Dafür muss sie aber im Sinne des Weltagrarberichts Kleinbauernfamilien in ihrer Ernährungssouveränität stärken und zu einer grundlegenden Reform industrieller Landwirtschafts- und Ernährungssysteme beitragen. Klare ökologische und soziale Standards sind dabei genauso unerlässlich wie institutionalisierte Partizipations- und Konsultationsmechanismen, die dafür Sorge tragen, dass sich Strategien und Maßnahmen an den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Armen und Verwundbaren orientieren. Zudem muss deutlich differenziert werden zwischen dem Anpassungsbedarf kleinbäuerlicher Landwirtschaft und der Notwendigkeit, Emissionen aus industriellen Bewirtschaftungssystemen zu reduzieren.

Organisatorische Hinweise

Was, wo, wann, wer:

21. September: People's Climate March in Manhattan, New York



Weltweit schließen sich in diesem Jahr Zivilgesellschaften dem globalen Klimaaktionstag (People's

Climate March) in New York an. Die Demonstration startet um 11.30 Uhr am Columbus Circle, Broadway.
Info: <http://peoplesclimate.org/march/>

Klima-Aktionstag, Berlin

In Berlin findet ein großer Klima-Aktionstag statt, organisiert vom weltweiten Kampagnen-Netzwerk Avaaz. Brot für die Welt und auch Germanwatch sind über die Klimaallianz vertreten.
Info: www.avaaz.org

21. bis 22. September: Interfaith Summit on Climate Change, New York

Der Klimagipfel der Religionsführer ist außer einer Session am Montag nicht öffentlich. Die Veranstalter bieten am 22. September, die Möglichkeit sich in öffentliche Veranstaltungen in der Union Theological Seminary, 3041 Broadway, einzubringen. Um Online-Registrierung wird gebeten.
Info: <http://interfaithclimate.org/>

Vormittagssession zu

- Ethics, Spirituality, and Climate Change
- Faith Communities, Divestment and Renewable Energy
Anmeldung unter: <https://www.eventbrite.com/e/interfaith-summit-on-climate-change-monday-morning-sessions-tickets-12841058953>

Nachmittagssession zu

- Climate Resilience: Indigenous Peoples and Other Vulnerable Groups
- The Responsibility for Change: Multifaith and Multisectoral Approaches.
Anmeldung unter: <https://www.eventbrite.com/e/interfaith-summit-on-climate-change-monday-afternoon-sessions-tickets-12841369883>

23. September: Ban Ki-moon-Klimagipfel, New York

Der Ban Ki-moon-Klimagipfel (im Englischen Climate Summit oder mitunter auch als Leader's Climate Summit bezeichnet) findet im UN-Headquarter statt.
Info: <http://www.un.org/climatechange/climate-summit-2014/>

Der UN-Klimagipfel ist nicht öffentlich, nur 38 Vertreterinnen und Vertreter von Zivilgesellschaften

wurden weltweit ausgewählt, um am Gipfel teilzunehmen, darunter auch philippinische Partner von Brot für die Welt. Viele weitere zivilgesellschaftliche Organisationen werden dennoch in New York sein und in einem dafür eingerichteten NGO-Arbeitsbereich im Harvard-Club den Gipfel verfolgen, evaluieren und kommentieren.

Adresse: Harvard-Club, 27 W 44th St, New York, NY 10036.

24. September:

ACT Alliance-Klimatag, New York

Das kirchliche Netzwerk ACT Alliance, zum dem auch Brot für die Welt gehört, veranstaltet mit Partnern wie Germanwatch in New York einen Tag zum Thema Klimagerechtigkeit. Die Side Events am Nachmittag sind öffentlich, das Frühstückstreffen am Vormittag nicht.

Adresse: Church Center of the United Nations, E 44th St, 8. Stock, Boss-Room.

Programm:

- a) ACT Alliance Dialogue - 8.00 - 11.00 Uhr:
Hochrangiges Treffen von Entscheidungsträgern aus Politik und Zivilgesellschaft zu Transformational Change and Equity (nur mit Einladung)
- b) Side Event - 13.15 - 14.45 Uhr:
Overcoming energy poverty and limiting climate change with Low Carbon Development Strategies (LCDS)
Veranstaltung der ACT Alliance in Kooperation mit Brot für die Welt, CAN-I, Friedrich-Ebert-Stiftung, WWF Deutschland
- c) Side Event - 16.15 - 17.45 Uhr:
Building bridges of solidarity to overcome climate induced loss and damages
Veranstaltung der ACT Alliance in Kooperation mit Brot für die Welt, IBON und Germanwatch

Ansprechpartner vor Ort:

Brot für die Welt und Germanwatch werden in New York sein, um den Klimagipfel zu begleiten und kommentieren. Beide Organisationen setzen sich mit weiteren Partnern besonders für die Interessen der Menschen und Bevölkerungsgruppen ein, die gegenüber dem Klimawandel am verletzlichsten sind.

Auskunft zu allen Themen rund um den UN-Klimagipfel, besonders zu Ambitionen im Klimaschutz, Klimafinanzierung, Anpassung und klimabedingte Schäden und Verluste geben:

- Sabine Minninger
Referentin Klima und Energie
Brot für die Welt
Kontakt: sabine.minninger@brot-fuer-die-welt.de
Telefon: +49-152-22701676
- Sönke Kreft
Teamleiter für Internationale Klimapolitik
Germanwatch
Kontakt: kreft@germanwatch.org
Telefon: +49-176-21682734

Ansprechpartner zur Climate-Smart Agriculture Alliance:

- Eike Zaumseil
Referent für Klima und Landwirtschaft
Kontakt: eike.zaumseil@brot-fuer-die-welt.de
Telefon: +49-152-34171179

Impressum

Herausgeber Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon: 030 65211 0, E-Mail: info@brot-fuer-die-welt.de, www.brot-fuer-die-welt.de

AutorInnen Sönke Kreft, Sabine Minninger, Lutz Weischer, Eike Zaumseil

Redaktion Heinz Fuchs, Maïke Lukow, Klaus Seitz

Fotos Christof Krackhardt, Paulo Whitaker/Reuters

V.i.S.d.P. Thomas Sandner

Layout Büro Schroeder, Hannover

Gedruckt auf Recycling-Papier

Druck RetschDruck, Nagold

Art. Nr. 129 7 0008 0

September 2014

Spenden

Brot für die Welt

Spendenkonto: 500 500 500

Bank für Kirche und Diakonie

BLZ: 1006 1006

IBAN: DE10100610060500500500

BIC: GENODED1KDB